



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Partei Vorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

Herrn
Reiko Beil
Österreicher Straße 16
01279 Dresden

Achim Schreier
Abteilung Kommunikation
Referat Direktkommunikation

Fon: 030 - 25991-500
Fax: 030 - 25991-375
partei.vorstand@spd.de

09.07.2015

Ihr Schreiben vom 22. Juni 2015

Sehr geehrter Herr Beil,

vielen Dank für Ihren Brief.

Sicherlich haben Sie Verständnis dafür, dass der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel nicht alle an ihn gerichteten Zuschriften persönlich beantworten kann. Er hat mich gebeten, auf Ihre Nachricht zu antworten.

Zunächst möchte ich mich bei Ihnen entschuldigen, dass Sie keine Antwort erhalten haben. Ihr Brief vom 27. Mai 2015 ist bei uns leider nicht angekommen.

Die SPD und auch Sigmar Gabriel persönlich unterstützen die Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene. Dadurch sollen die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, sowohl eigene Ideen/Vorschläge in Gesetze umzusetzen als auch vom Bundestag verabschiedete Gesetze zu revidieren.

Auf dem SPD-Parteitag in Berlin wurde am 4. Dezember 2011 der Leitantrag „Mehr Demokratie leben“ beschlossen. Gern gebe ich Ihnen den Wortlaut (Kurzfassung) zur Kenntnis:

„Die Menschen wollen mehr mitreden und mitentscheiden. Wir brauchen deshalb endlich auch auf Bundesebene eine bürgerfreundliche Regelung für die Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheiden, niedrigere Quoren und neue Beteiligungsformen.

Die SPD will breite Beteiligungsrechte der Bürger einführen und setzt so neue Maßstäbe für die Transparenz und Mitbestimmung demokratischer Prozesse. Neben der Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden ist die Umsetzung einer sogenannten „Volksgesetzgebung“ ein zentraler Bestandteil des Konzeptes. Die Bürger können so selbst unmittelbar Gesetze im Rahmen einer Volksgesetzgebungs-Initiative einbringen und vorantreiben.

Bereits 2002 hatten die Fraktionen von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Gesetzgebung unmittelbar durch das Volk eingebracht. Dieses scheiterte am Widerstand von Union und FDP. An diesen Gesetzentwurf will die SPD jetzt anschließen.

SPD-Partei Vorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
partei.vorstand@spd.de
www.spd.de

SEB AG Berlin
BLZ 100 101 11 • Konto 1000 435 800
IBAN DE46100101111000435800
BIC ESSEDE5F100

 facebook.com/SPD
 youtube.com/SPDvision
 twitter.com/SPDde

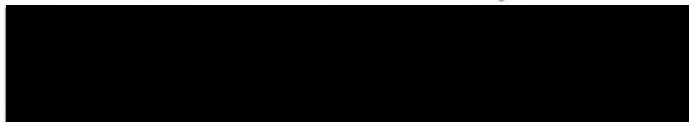
Die SPD schlägt vor, dass ein Volksentscheid auf Bundesebene angenommen ist, wenn die Mehrheit der Abstimmenden zugestimmt hat und mindestens ein Fünftel der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Für Verfassungsänderungen gelten erheblich höhere Quoren. Es geht nicht darum, Bundestag oder Bundesrat abzuwerten, sondern darum, die öffentliche Debatte stärker mit dem politischen Prozess in den Parlamenten zu verbinden.

Die SPD will nicht, dass nur eine kleine Schicht einer gutgebildeten Elite Bürgerbeteiligung mit ihren Themen und Interessen dominiert. Die Politik muss lernen, Bürgerinnen und Bürger mehr, direkter und früher in Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Die SPD will neue und frühzeitige Formen von Bürgerbeteiligung bei Großprojekten gesetzlich festlegen. Es geht darum, Bürgerbeteiligung nicht als Blockadeinstrument, sondern als Gestaltungschance zu nutzen.“

Die Langfassung des Leitantrages finden Sie unter folgendem Link:

https://www.spd.de/21576/20111204_beschluss_demokratie.html

Mit freundlichen Grüßen aus dem Willy-Brandt-Haus



Achim Schreier
SPD-Parteivorstand